

Änderungsantrag

der Abgeordneten Katrin Kunert, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/750, 16/1324, 16/1325, 16/1326, 16/1348 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006
(Haushaltsgesetz 2006)**

**hier: Einzelplan 60
Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 60 02 wird ein neuer Titel – Kommunale Investitionspauschale – in Höhe von 1,5 Mrd. Euro eingestellt.

Berlin, den 20. Juni 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Für ostdeutsche Städte, Gemeinden und Landkreise sowie finanzschwache Kommunen in den Alt-Bundesländern soll eine kommunale Investitionspauschale des Bundes wieder aufgelegt werden. Für das Jahr 2006 sind dafür in den Bundeshaushalt 1,5 Mrd. Euro einzustellen.

Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren mit harten Konsolidierungsmaßnahmen nachhaltige Einsparungen erreicht. So mussten insbesondere Instandhaltungsaufwendungen und Investitionsausgaben der Kommunen drastisch zurückgefahren werden. Die Investitionsausgaben der Kommunen lagen in 2005 ca. 40 Prozent oder ca. 14 Mrd. Euro unter den Ausgaben von 1992. Der

kommunale Investitionsbedarf beläuft sich inzwischen auf 270 Mrd. Euro (Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik).

Nach Berechnungen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie werden durch zusätzliche Infrastrukturinvestitionen von 1 Mrd. Euro etwa 7 500 Arbeitsplätze für ein Jahr gesichert bzw. neu geschaffen, jeweils zur Hälfte in der Bauwirtschaft sowie in vor- und nachgelagerten Branchen.